

Recht in Afrika

Law in Africa · Droit en Afrique

Zeitschrift der Gesellschaft für afrikanisches Recht

2012 · Heft 1

15. Jahrgang

Formal/Informal Law and Economic Development in Africa

36th Annual Conference of the African Law Association

Leipzig, Germany

5th – 6th November 2010

edited by

Hatem Elliesie, Chadidscha Schoepffer and Thilo Marauhn



Rüdiger Köppe Verlag Köln

Redaktion:

Wilhelm J.G. Möhlig (verantw.), Hatem Elliesie, Harald Sippel, Ulrich Spellenberg,
Ulrike Wanitzek

Anschrift:

Prof. Dr. Wilhelm J.G. Möhlig, Institut für Afrikanistik,
Universität zu Köln, 50923 Köln

Telefon: (49) (2233) 76775

Telefax: (49) (2233) 978642

E-Mail: wilhelm.moehlig@uni-koeln.de

“Recht in Afrika / Law in Africa / Droit en Afrique” is a refereed academic journal published by the Gesellschaft für afrikanisches Recht e.V. / African Law Association (Germany).

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the internet at <http://dnb.d-nb.de>.

© 2012

RÜDIGER KÖPPE VERLAG

Postfach 45 06 43

50881 Köln

Deutschland

www.koeppe.de

Herstellung: DIP-Digital-Print, Witten / Deutschland

ISSN 1435-0963

ISBN 978-3-89645-810-0

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

© Printed on acid-free paper which falls within the guidelines of the ANSI to ensure permanence and durability.

Berichte · Reports · Rapports

*Hatem Elliesie**

Wirtschaftliche Entwicklungen und Rahmenbedingungen in Afrika – Eine exemplarisch-kritische Analyse

Abstract

World economy has fundamentally changed in the past five decades. By now, the share of the so called developing countries has reached some 25 %. However, unlike numerous other developing countries, most of the states in sub-Saharan Africa gained little economic progress. To this day, the majority of states on the African continent export mainly agrarian, mineral and fossil resources whereas most of the countries are relying on the import of capital-intensive goods, manufactured goods and machinery, comestible goods and petroleum. Thus, generally speaking, it seems interesting to note that various regimes in Africa followed state economic models which substituted imports by a rather expensive own production and/or allocated import licences on certain goods to selected companies. Prices of agrarian goods were fixed below the world market price and received a high-rated tax. Beneficiaries were the urban elites. The economic inefficiency led to a stagnating per-capita income. In this context, the panacea in the long term is truly not the aid from donor countries in Western and Middle Europe or North America. The civilian propulsive force, the most important impulse for self-reliant economic development, would be left out. In order to encourage growth and prosperity one has to promote suitable institutional, political and infrastructural framework conditions so as to scope private entrepreneurship. To that end, peace and stability within a country has to become prevalent. Thus, the rule of law should not be underestimated: It is not only a prerequisite for a functioning statehood in the constitutional context. In fact, usually the ensuing the securing of peace and legal compliance serves as footing for a reliable setting for doings and dealings. This paper argues that rule of law(s) serves as location economies and strategic investment decisions. Having said this, one has to shift one's attention on the respective country's specific implementation. For the purpose of this treatise, agronomy in Uganda, natural resource economy in Botswana and global market integration in Mauritius were chosen for case studies to illustrate political and economic efforts and dynamics.

* Vorstandsmitglied der Gesellschaft für afrikanisches Recht und Mitglied der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland. Gegenwärtig Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Projektkoordinator (Horn.von Afrika) am Seminar für Semitistik und Arabistik der Freien Universität Berlin und Lehrbeauftragter am Seminar für Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

A. Einleitung

Die Weltwirtschaft hat sich in den letzten fünf Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltexporten beträgt inzwischen etwa 25 %. Anders als zahlreiche Entwicklungsländer haben die meisten Staaten des subsaharischen Afrikas in den vergangenen Jahren kaum wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Auch sind innerhalb der vergangenen dreißig Jahre die weltweiten Auslandsdirektinvestitionen (ADI) stark angestiegen. Der weitaus größte Anteil davon ging in die OECD-Länder mit ca. 64 % und in einige wenige bedeutende Entwicklungs- und Schwellenländer mit einem Anteil von etwa 32 Prozentpunkten, wohingegen die Anteile Afrikas sich mit drei bis etwa fünf Prozent weiterhin vergleichsweise schlecht darstellen. Die sog. Globalisierung hat Differenzierungsprozesse in der Weltwirtschaft weiter befördert. Durch die zunehmende Einbindung in den Weltmarkt differenzieren sich die außenwirtschaftlichen Strukturen. Die jeweilige Außenhandelsorientierung hat unterschiedliche Wohlstands- und Verteilungseffekte zur Folge. Insbesondere die afrikanischen Binnenstaaten sind kaum in den Globalisierungsprozess involviert.¹

Hatten die Staaten Afrikas 1964 durchschnittlich etwa noch den gleichen Lebensstandard wie Ostasien, so stagnierten die afrikanischen Pro-Kopf-Einkommen bis 1997 bei 500 US-Dollar pro Jahr, wobei sich die Durchschnittseinkommen in Ostasien auf 1.800 US-Dollar erhöhten.² Auch wenn von 1997 bis heute der durchschnittliche Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens Afrikas zwischen einem Prozent und vier Prozent betrug, so waren die Werte im Einzelnen doch sehr unterschiedlich.³ Insgesamt ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von 625 US Dollar pro Jahr sehr niedrig. Bei einem gleichbleibend hohen Wachstum von vier Prozent, würde es fünfzehn Jahre dauern bis sich das gegenwärtige Durchschnittseinkommen auf rund 1.000 US Dollar pro Jahr erhöht. Trotz leichten Wachstums der Pro-Kopf-Einkommen ist das (subsaharische) Afrika gegenüber anderen Wirtschaftsregionen extrem zurückgefallen und wird vermutlich weiter zurückfallen. Selbst bei einer höheren Wachstumsrate werden sich die Abstände zu den asiatischen, lateinamerikanischen und den OECD-Länder vergrößern.⁴

B. Gründe für die Unterentwicklung

Als eine der Hauptgründe kann man die ungünstigen Startbedingungen nach dem Ende des Kolonialismus nennen: zumeist einseitige Wirtschaftsstrukturen und ein großer ländlicher Subsistenzsektor (Selbstversorgung), von dem die Mehrheit der

¹ Robert Kappel, Strukturelle Instabilität und Wachstumsschwäche. Wohin steuert Afrika?, in: Katja Böhler und Jürgen Hoeren (Hrsg.), Afrika: Mythos und Zukunft, Bonn, 2003, S. 178 ff.

² Henning Melber, Reif für die Konkurrenz? Afrikas Märkte zwischen Freihandel und Protektionismus, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Afrika, Bonn, 2005, http://www.bpb.de/themen/DGOVWU.0.Reif_f%C3%9C_r_die_Konkurrenz.html (zuletzt aufgerufen am 11.4.2010).

³ International Monetary Fund (IMF), Regional Economic Outlook: Sub-Saharan Africa, Washington D.C., 2008.

⁴ Cord Jakobit, Erscheinungsformen und Ursachen der ökonomischen Misere, in: Mir A. Ferdowsi, Afrika: ein verlorener Kontinent?, München, 2004, S. 72 ff.; Robert Kappel/Marie Müller, Breites Wirtschaftswachstum in Afrika: die große Wende?, GIGA-Focus Afrika, Nr. 6, Hamburg, 2007; International Monetary Fund (IMF), *op. cit.*

afrikanischen Bevölkerung bis Mitte der 1980er Jahre lebte, sowie eine unzureichende Wirtschaftspolitik und ungünstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Zahlen und Daten für Afrika im Aggregat verdeutlichen jedenfalls, dass die ursprünglichen Zielsetzungen nach der Unabhängigkeit nicht erreicht wurden. Es gibt kaum eine Vergleichsstatistik der Entwicklungsregionen und Kontinenten mit ökonomischen und sozialen Indikatoren, bei der Afrika nicht am unteren Ende rangiert.⁵

Bis heute führt die überwiegende Anzahl von Staaten des Kontinents vor allem landwirtschaftliche, mineralische und fossile Rohstoffe aus, wohingegen die meisten Länder auf die Einfuhr von Investitionsgütern, Maschinen, Fertigwaren, Nahrungsmitteln und Mineralöl angewiesen sind. Ein Blick auf die Außenhandelsstruktur der Staaten Afrikas verdeutlicht, dass sich kaum etwas an den einstigen Strukturen geändert hat, die immer noch das typische koloniale Extraktionsmuster aufweisen.⁶ Das Fehlen eines starken, über das Bevölkerungswachstum hinausgehenden Wirtschaftswachstums erschwert zudem die Lösung der meisten Entwicklungsprobleme beträchtlich. In zahlreichen Ländern des afrikanischen Kontinents ist das heutige Pro-Kopf-Einkommen immer noch niedriger als bei der Entlassung in ihre Unabhängigkeiten.⁷

Insgesamt sind zwar die Staaten Nordafrikas stärker in den Weltmarkt integriert, aber gleichzeitig sind bei Ihnen die Abhängigkeit von Primärgüterexporten und die Schwäche beim Export der verarbeitenden Industrie noch stärker ausgeprägt, als bei den Staaten im subsaharischen Afrika. Wichtig ist zudem der Hinweis, dass nur wenige Staaten im subsaharischen Afrika im letzten Jahrzehnt Zuwachsraten beim Export von Waren der verarbeitenden Industrie aufweisen konnten. Dazu zählten u.a. Südafrika, das sich nach dem Aufheben der Handelssanktionen mit dem Ende des Apartheid-Regimes deutlich stärker in die Region und den Weltmarkt integrieren konnte, oder auch Madagaskar, das von der Verlagerung arbeitsintensiver Leichtindustrie von Mauritius in Richtung des Kontinents in den 1990er Jahren profitieren konnte.⁸

Dass in der internationalen Gegenüberstellung insbesondere viele Länder Asiens ein vergleichsweise großes Wirtschaftswachstum erzielten, hat zwar auch mit speziellen Hemmfaktoren in afrikanischen Gesellschaften, aber wenig mit einer allgemeinen Marktliberalisierung dieser asiatischen Länder zu tun. Deren Eingliederung in den Weltmarkt erfolgte vielmehr selektiv und schrittweise gerade als Folge binnenorientierter Entwicklungsfortschritte. So konnten diese zeitweilig relativ geschützten Volkswirtschaften innerhalb von Jahrzehnten zu konkurrenzfähigen Exporteuren von Fertigwaren sogar im *High-Tech*-Bereich heranwachsen.⁹

⁵ Cord Jakobeit, *op. cit.*

⁶ Robert Kappel, Entwicklungsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Afrika I (Informationen zur politischen Bildung, Heft 264), Bonn, 1999, http://www.bpb.de/themen/DXSN5Y,0,0,Entwicklungsstrategien_f%C3%9C_Wirtschaft_und_Gesellschaft.html (zuletzt aufgerufen am 11.4.2010); Cord Jakobeit, *op. cit.*

⁷ Weltbank, Jahresbericht 1999, S. 39.

⁸ Cord Jakobeit, *op. cit.*

⁹ Henning Melber, Reif für die Konkurrenz? Afrikas Märkte zwischen Freihandel und Protektionismus, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Afrika, Bonn, 2005,

C. Vermeintliche Lösungsansätze

Die weltweiten Versuche zur Liberalisierung unter der Welthandelsorganisation WTO werfen die Frage auf, ob Märkte vor allem auf dem afrikanischen Kontinent der Herausforderung durch die freie Konkurrenz mit den Industrieländern gewachsen sind oder ob sie eines fortgesetzten Schutzes bedürfen. Diese Frage erweist sich allerdings bei genauer Prüfung als falsch gestellt und lässt eine richtige Antwort nicht zu, da sie von irrigen Annahmen ausgeht. Tatsächlich sind es bislang die Märkte der industriell entwickelten OECD-Staaten, die mittels einer protektionistischen Politik in Form von Subventionen ihre eigene Warenproduktion einseitig begünstigen und damit jegliche Form fairer Markt- und Handelsbeziehungen zur Illusion werden lassen. Befürworter einer Liberalisierung von Handelsbeziehungen tragen zu der Fehlwahrnehmung bei, dass diese gleichbedeutend mit einer Deregulierung von Waren-Austauschbeziehungen sei. *De facto* ist der Trend eher umgekehrt: die vermeintlich liberale weltweite Handelsstruktur wird zunehmend reglementiert. Wie schon das Beispiel der Reglementierungen innerhalb der EU verdeutlicht, entzieht sich so gut wie nichts der Regulierung einer so genannten freien Marktwirtschaft. Eine zweite Fehlwahrnehmung ist die vermeintliche Gleichung, dass solcherart freier Handel gleichbedeutend mit einem fairen Handel sei. Damit wird suggeriert, dass die Handelspartner gleiche Voraussetzungen hätten – weit gefehlt! Nicht nur, aber gerade auch in afrikanischen Staaten sind Volkswirtschaften durch strukturelle Defizite benachteiligt. Nach wie vor gilt, dass deren kolonialwirtschaftlich zugerichteten Ökonomien den Weltmarkt mit weitgehend unverarbeiteten Rohstoffen (Agrarprodukte, Erze und Mineralien sowie andere natürliche Ressourcen) zu meist sinkenden Preisen beliefern, während die eigentliche Wertschöpfung über deren Weiterverarbeitung zu Fertigwaren andernorts erfolgt. Die daraus resultierenden proportionalen Benachteiligungen durch sich ständig verschlechternde *terms of trade* gehen fast ausnahmslos zu Lasten der Rohstofflieferanten.¹⁰

D. Armut und Entwicklungshilfe

Zahlreiche afrikanische Regierungen folgten seit ihrer Unabhängigkeit staatswirtschaftlichen Entwicklungsmodellen, die die Landbevölkerung benachteiligte und vetternwirtschaftliche Strukturen stärkten. Importe wurden in der Regel aufwendig und teuer durch Eigenproduktionen ersetzt und ausgewählten Unternehmen wurden Einfuhrlizenzen für bestimmte Produkte zugeteilt. Die Preise landwirtschaftlicher Güter, die über monopolisierte staatliche Vermarktungsstellen vertrieben wurden, wurden deutlich unter dem Weltmarktpreis fixiert und sehr hoch besteuert. Die überbewerteten Währungen verstärkten die Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft, da sie Exportgüter verteuerten.¹¹ Nutznießer dieses Systems waren die städtischen Eliten, die Importe – insbesondere Luxusgüter – zu künstlich vergünstigten Preisen beziehen konnten, und die leitenden Beschäftigten der zuständigen Behörden, die eine besondere Machtposition gegenüber den Landwirten hatten. Die ökonomischen Ineffizienzen führten zu stagnierenden Pro-Kopf-Einkommen, die Afrika zum

http://www.bpb.de/themen/DGQVWU.0.Reif_f%FCr_die_Konkurrenz.html (zuletzt aufgerufen am 11.4.2010).

¹⁰ Henning Melber, *op. cit.*

¹¹ Vgl. Gerald M. Meier/James E. Rauch, *Explaining Africa's Development Experiences*, in: *Leading Issues in Economic Development*, 7. Auflage, New York/Oxford, 2000, S. 65-68 (hier: 65).

„Armenhaus der Welt“ werden ließen. Lebten 1970 rund 36 % der afrikanischen Bevölkerung mit weniger als einem US Dollar, sind es heute 50 %. Nach Schätzungen der Weltbank werden im Jahr 2030 zwei Drittel der ärmsten 10 % der Weltbevölkerung in Afrika südlich der Sahara leben, während es heute die Hälfte sind.¹² Die Armut in Afrika hat seit Jahrzehnten nicht abgenommen, sondern zugenommen. Circa ein Drittel der Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent gilt als unterernährt. Diese Bevölkerungsgruppen verfügen über eine derart niedrige Kaufkraft, dass sie um sechs Prozentpunkte erhöhte Nahrungsmittelpreise nicht mehr bezahlen können.¹³

Die Afrikanische Union zählt zu den Ursachen der Armut

- das Fehlen von Verdienstmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft;
- die bewaffneten Konflikte;¹⁴
- marode Infrastrukturen;
- Bodenerosionen, zunehmender Wassermangel, Wüstenbildung und Klimawandel;
- Krankheiten (HIV/Aids, Malaria);
- die unverhältnismäßig hohe Abhängigkeit von Subsistenzwirtschaft;
- hohe Auslandsverschuldungen.

Als Allheilmittel für die Rettung Afrikas aus der Armut scheint nach wie vor die finanzielle Unterstützung der Geberländer West- und Mitteleuropas sowie Nordamerikas gepriesen zu werden. Diese Form der Entwicklungshilfe ist sicherlich in der Lage, kurzfristige humanitäre Ziele zu erreichen, allerdings zum Preis, dass man die zivile Schubkraft und wichtigsten Mechanismen für eigenverantwortliche wirtschaftliche Entwicklung eindämmt. Politisch gesehen mag dies unter bestimmten Gesichtspunkte eine positive Strategie sein, rein ökonomisch betrachtet ist dieser Ansatz aber verheerend.

Diejenigen, die für Geld als Instrument der Entwicklungspolitik plädieren konzentrieren sich größtenteils auf seine Fähigkeit „die Armut zu beenden“. Die afrikanische Herausforderung wird daher unter dem Slogan der „Armutsreduzierung“ abgebucht. Dies steht jedoch im Gegensatz zum historischen Faktum, dass Volkswirtschaften, denen es gelungen ist, die Armut signifikant zu reduzieren, das alleine dadurch geschafft haben, dass sie über Generationen hinweg für nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesorgt haben. Die Herausforderung für alle, die sich um Afrikas Zukunft sorgen stellt sich also weniger die Frage wie man unter dem bisherigen entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen zur Armutsreduzierung beitragen kann, als vielmehr wie man nachhaltigem Wachstum und Wohlstand ermöglicht.

¹² Robert Kappel/Marie Müller, *op. cit.*, S. 6. Siehe auch Christian Putsch, Reichtum ungerecht verteilt, Das Parlament, Nr. 10/11, Sonderausgabe Afrika, Berlin, 7.3.2011, S. 11.

¹³ James Shikwati, Fehlentwicklungshilfe, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), IP (Internationale Politik), 61. Jahrgang, Heft Nr. 4, Berlin 2006, S. 6 ff. (S. 10) mit Verweis auf die African Union (AU) Ministerial Conference of Ministers of Agriculture: Status of Food Security and Prospects for Agriculture Development in Africa (2006), Bamako, Mali, 31.1.–1.2.2006.

¹⁴ Bauern stellen i.d.R. einen Großteil der zwangsverpflichteten Soldaten in Kriegsgebieten.

Hierzu ist es erforderlich für die geeigneten institutionellen, politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu sorgen, damit sich privates Unternehmertum in Afrika entfalten kann. Nun klingt diese Argumentation nicht unbedingt politisch korrekt. Sie suggeriert, dass die Lösung für das Problem der Armut in Afrika darin bestehe, eine gedeihliche Umgebung für Wachstum von Privatunternehmen zu schaffen. Gleichzeitig sind diese Überlegungen politisch nicht attraktiv, weil sie nicht zu einfachen und schnellen Lösungen führen.¹⁵ Sicherlich, ohne größere Handels- und Privatinvestitionen wird kein schnelleres Wachstum erreicht werden und Afrika wird in der Weltwirtschaft weiterhin seine bisherige marginale Rolle spielen (müssen). Es muss aber politischer Frieden sowie Stabilität durchgesetzt werden. Die Tragweite der Rechtsstaatlichkeit sollte man daher in diesem Kontext keineswegs unterschätzen.¹⁶ Ohne letzteres lassen sich nach meiner Einschätzung keine nachhaltigen marktwirtschaftlichen Strukturen etablieren.

E. Rechtsstaatlichkeit als Rahmenbedingung

Rechtsstaatlichkeit¹⁷ ist nicht nur Voraussetzung für funktionierende Staatlichkeit überhaupt. Vielmehr dient die in der Regel daraus resultierende Friedenssicherung und Rechtssicherheit als das Fundament eines verlässlichen Rahmens für Handel und Wandel. Man sollte jedoch mehr als bisher ein besonderes Augenmerk auf die länderspezifische Implementierung legen. Insbesondere der Umgang mit lokalen Eliten und länderspezifischen wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen wurde bisher nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Gemeint ist dabei natürlich nicht die schlechte Regierungsführung in afrikanischen Staaten, in denen kaum oder gar keine Transparenz, Partizipation oder Rechtsstaatlichkeit herrscht. Andererseits dürfen wir auch nicht vorschnell die hierzulande gängigen *governance*- bzw. *good governance*-Referenzsysteme zur marktwirtschaftlichen Steuerung und Regelung dem afrikanischen Kontext überstülpen. Realistisch und nachhaltig betrachtet sollten wir uns zunächst auf die entscheidenden Minimalia konzentrieren und nicht unbedacht zu hohe Ziele setzen.

Zur „Halbzeit“ der *Millennium Development Goals* zeigte sich eine ernüchternde Bilanz für (das subsaharische) Afrika. Von 48 Ländern des subsaharischen Afrikas waren 43 nicht „on track“ die Vorgaben bis 2015 zu erreichen. Dies hat sich auch im Jahre 2011 nicht wesentlich verbessert.¹⁸ Die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller

¹⁵ Andrew M. *Mwenda*, Investieren geht über Schmierern, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), *IP (Internationale Politik)*, 62. Jahrgang, Heft Nr. 12, Berlin, 2007, S. 16 ff.

¹⁶ Vgl. Weltbank, Jahresbericht 1999, S. 39.

¹⁷ Um Missverständnissen vorzubeugen: „Rechtsstaatlichkeit“ oder genauer genommen der Rechtsstaatsdiskurs ist in diesem Beitrag nicht als eine Konstante zu verstehen oder gar mit „Demokratie“ gleichzusetzen, sondern ist als (Kommunikations-)Prozess zu begreifen. Demokratie benötigt einen rechtsstaatlichen Rahmen, der – je nach Entwicklungsstufe – formell oder materiell ausgestaltet sein kann. So auch Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter *Grimm*, Richter am Bundesverfassungsgericht a.D., Impulsreferat auf dem 21. Forum Globale Fragen: Der Rechtsstaat – Patentrezept für alle Welt? Rechtsstaatsförderung in der Außenpolitik, im Auswärtigen Amt, Berlin, 15.1.2009.

¹⁸ African Union Commission/United Nations, Economic and Social Council, Economic Commission for Africa: Report on Progress in Achieving the Millennium Development Goals (MDGs) in Africa, 2011, UN-Dok. E/ECA/COE/30/9 bzw. AU-Dok. AU/CAMEF/

Mittel mit dem primären Ziel (partout) die *Millennium Development Goals* zu verwirklichen, könnte unrealistische Erwartungen an den Entwicklungsprozess verstärken.¹⁹ In einer Region der Welt mit weitgehend begrenzter Staatlichkeit wäre es daher ratsam sich unter pragmatischen Gesichtspunkten zunächst mit „good enough governance“²⁰ zu begnügen.

Rechtsstaatlichkeit ist also unerlässlich für die wirtschaftliche Entwicklung und eine funktionierende Marktwirtschaft oder – etwas prägnanter formuliert – *Rechtsstaatlichkeit als Standortvorteil und Investitionsentscheidung*. So haben beispielsweise Südafrika oder Botswana bewiesen, dass sie durch Verbesserung der staatlichen Leistungsfähigkeit und Verlässlichkeit ihres Regierungshandels mehr Investitionen anziehen, ihr Pro-Kopf-Einkommen steigern und somit einen direkten Beitrag zur Bekämpfung der Armut leisten können.

F. Fallstudien

Die in der Literatur als Erfolgsmodelle gekennzeichneten Länder sind – neben Botswana – Uganda und Mauritius:²¹ Alle drei Länder hatten in den vergangenen fünfzehn Jahren ein im afrikanischen Kontext vergleichsweise hohes Wachstum des Bruttosozialprodukts zu verzeichnen. Sie stehen aber auch für sehr unterschiedliche Entwicklungsstadien, Reformenerfolge und unterschiedliche Voraussetzungen, nämlich (1.) Agrarökonomie in **Uganda**, (2.) Rohstoffökonomie in **Botswana**, (3.) Weltmarktintegration auf **Mauritius**.

1. Uganda: Agrarökonomie

Seit Anfang der 1990er Jahre hat Uganda – in enger Abstimmung mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds – über die makroökonomischen Ziele, eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage erzielt. Gerade die Wirtschaft im Süden und in der Mitte des Landes prosperiert. In den letzten 20 Jahren konnte ein jährliches Wirtschaftswachstum zwischen fünf und neun Prozent verzeichnet werden.²² Der in Hinsicht auf die Beschäftigung dominierende Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, in der 24 der 29 Millionen Ugander beschäftigt sind; wobei es sich vorwiegend um Subsistenzwirtschaft handelt. Auch die Armutsbekämpfungsstrategie zeigt Erfolge; die Armutsrate wurde erheblich reduziert. Sie fiel

EXP/9(VI), Addis Abeba, 24.-27.3.2011, S. 17. Vgl. auch Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Die Millennium-Entwicklungsziele: Hintergründe – Zielerreichung – Engagement, Bonn/Berlin, 2010, S. 3.

¹⁹ Lena Giesbert, Millennium Development Goals: Zu hohe Ziele für Afrika?, GIGA-Focus Afrika, Nr. 8, Hamburg, 2007, S. 1 und 4.

²⁰ Merilee S. Grindle, Good Enough Governance: Poverty Reduction and Reform in Developing Countries, in: Governance: An International Journal of Policy and Administration, 17. Jahrgang, Heft 4, Malden/Oxford, 2004, S. 1.

²¹ Siehe u.a. George Ayittey, Vorkolonialer Freihandel, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), IP (Internationale Politik), 61. Jahrgang, Heft Nr. 4, Berlin, 2006, S. 26 (31); Robert Kappel, Wirtschaftsreformen und Armutsbekämpfung in Afrika, in: APuZ, Heft 4, Bonn, 2005, S. 17; Gerald M. Meier/James E. Rauch, Explaining Africa's Development Experiences, in: Leading Issues in Economic Development, 7. Auflage, New York/Oxford, 2000, S. 65 ff.

²² Vgl. Abebe Aemro Selassie, Beyond Macroeconomic Stability: The Quest for Industrialization in Uganda, IMF Working Paper 08/231, Washington D.C., September 2008.

von 56 % (1992) über 35 % (2000) auf jüngst (2008) 31 %. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt beträgt nun um die 21 %. Die Landwirtschaft ist dennoch mit Abstand größter Devisenbringer des Landes. Über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts²³ wird im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Erdölfunde entlang des Albert-Grabens, mit deren Förderung in diesem Jahr (2011) begonnen werden soll, lassen auf steigende Staatseinnahmen hoffen.²⁴

Die Korruption stellt allerdings immer noch ein großes Hindernis für ausländische Investoren dar. Die notwendigen rechtlichen und administrativen Grundlagen, etwa die Einrichtung spezieller Antikorruptionsgerichtshöfe, wurden bereits geschaffen und gelten in Afrika zwar als beispielhaft, entscheidend ist jedoch auch eine konsequente Strafverfolgung. Der Kampf gegen Bestechlichkeit und Zweckentfremdung von Mitteln muss noch entschiedener und unter größerer Beteiligung der Öffentlichkeit geführt werden.²⁵ Die konsequente Weiterführung der armutsreduzierenden Politik Ugandas soll die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum verbessern.²⁶

Das Bemühen um Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Wachstums wird ferner in Ugandas Engagement im regionalen Kontext deutlich: Gemeinsam mit Kenia und Tansania hat Uganda perspektivisch die *East African Community* gegründet, der zwischenzeitlich auch Ruanda und Burundi beitraten. Anfang 2006 wurde der Zeitplan zur Umsetzung einer Wirtschafts-, Zoll- und Währungsunion unter den Mitgliedstaaten dieser zwischenstaatlichen Organisation verabschiedet.²⁷ Der gemeinsame Markt soll natürlich nicht nur altruistische Ziele verfolgen, sondern den jeweils eigenen Wirtschaftsmarkt – also gerade auch den Absatz von ugandischen Produkten – verbessern.

Uganda steht aber – trotz dieser sehr deutlichen Reformanstrengungen – vor dem Problem wieder ansteigender Armut und kaum gestiegener Pro-Kopf-Einkommen. Das Land wird selbst bei weiterhin hohen Wachstumsraten in absehbarer Zeit nicht zu den Staaten mit mittlerem Einkommen (*Middle Income Countries*) gehören. Die Produktivität der Gesamtwirtschaft ist niedrig, die Diversifizierung ist nicht weit fortgeschritten und das Wohlstandsgefälle zwischen dem Bürgerkriegszerrütteten Norden und dem reicheren Süden des Landes hat sich verschärft. Das Land leidet unter einer anhaltenden Energiekrise, weil die vorhandenen Kraftwerke nicht genügend Strom erzeugen können, um die Nachfrage zu befriedigen. Nur zehn Prozent der Bevölkerung hat Zugang zu Elektrizität und die Wirtschaftsentwicklung wird durch die Versorgungsengpässe ausgebremst. Die Strompreise sind hoch, und das

²³ Im Jahre 2004 hatte Uganda ein Bruttoinlandsprodukt von 9 Milliarden Dollar, vgl. East African Community, EAC Development Strategy 2006-2010, Arusha, 2006, S. 4.

²⁴ Siehe hierzu Auswärtiges Amt, Wirtschaftsdatenblatt Uganda, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Uganda/Wirtschaftsdatenblatt_node.html (zuletzt aufgerufen am 12.12.2010).

²⁵ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Uganda: Entwicklungspotenziale, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/uganda/zusammenarbeit.html#t1 (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

²⁶ Siehe The Republic of Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development, Poverty and Eradication Plan (2004/5-2007/8), IMF Country Report No. 05/307, Kampala, 2005.

²⁷ East African Community, EAC Development Strategy 2006-2010, Arusha, 2006, S. 2.

Leitungsnetz ist ineffizient. 93 % der Energie wird in Uganda durch Verfeuerung von Biomasse (Holz, Holzkohle, Stroh) gewonnen.²⁸

2. Botswana: Rohstoffökonomie

Botswana war bis zum Ausbruch der HIV/AIDS-Epidemie eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt mit einem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von neun Prozent. Es hat sich innerhalb von 43 Jahren von einem der ärmsten Länder der Welt zu einer *Middle Income Country* mit dem höchsten Kredit-Rating in Afrika entwickelt. Für die positive Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte war auch von Bedeutung, dass Botswana seine Performanz im *Human Development Index* (HDI) in relativ angemessener Weise dem Wirtschaftswachstum anzupassen wusste.²⁹ Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Botswana liegt bei rund 7.000 US-Dollar.³⁰ Wichtigster Träger der Wirtschaft ist nach wie vor der Bergbau, der rund ein 1/3 des Bruttoinlandsproduktes, über 70 % der Exporterlöse und 40 % der Staatseinnahmen erbringt.³¹ In den letzten vier Jahren betrug das Wirtschaftswachstum durchschnittlich 4,5 %. Die Wirtschaft entwickelte sich somit fest, wenn auch unter den Erwartungen des botswanischen *Ninth National Development Plan*, der mit dem Haushaltsjahr 2008/2009 (konkret: am 31.3.2009) auslief.³²

Der Wohlstand Botswanas wird insbesondere auf seine reichen Diamantvorkommen zurückgeführt. Die Diamantenproduktion wird von einem *Joint Venture* der Regierung und der Firma *de Beers* unter dem Namen DEBSWANA durchgeführt.³³ Der Export von Diamanten stellt momentan etwa 30 % des Bruttoinlandsproduktes und 80 % der Exporterlöse des Landes dar. Die zumeist hochwertigen Diamanten werden international über die in London ansässige Tochterfirma von *de Beers*, die *Central Selling Organisation* (CSO), vertrieben. Diese nimmt weltweit eine führende Position ein, ist aber auch von der Nachfrage nach Diamanten abhängig. Der internationale Nachfragerückgang nach Diamanten und das inzwischen erreichte „Plateau“ der Förderung haben zu einer Stagnation des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes beigetragen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die hohen Wachstumsraten der 1970er bis 1990er Jahre nicht wieder erreicht werden. Ein Abflachen der Investitionsquote und der relativ schwache Zufluss an Portfolio- und

²⁸ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Uganda: Entwicklungspotenziale, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/uganda/zusammenarbeit.html#t1 (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

²⁹ Vgl. Gustav Ranis/Frances Stewart/Alejandro Ramirez, *Economic Growth and Human Development*, in: *World Development*, Jahrgang 28, Heft 2, Amsterdam, 2000, S. 197 ff (S. 209).

³⁰ Auswärtiges Amt, Botswana: Wirtschaft, http://www.auswaertiges-amt.de/sid_B83C65DAEC3DFC1A3C5DC0FEBF78A990/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Botsuana/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

³¹ Davon ca. zwei Drittel aus Diamanten; im übrigen Kupfer, Nickel, Sodaasche sowie Kohle.

³² Government of Botswana, Ministry of Finance and Development Planning: *Ninth National Development Plans* (NDP 9), Gaborone, 2002; Auswärtiges Amt, Botswana: Wirtschaft, http://www.auswaertiges-amt.de/sid_B83C65DAEC3DFC1A3C5DC0FEBF78A990/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Botsuana/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

³³ Siehe <http://www.debeersgroup.com/debswana> (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

Auslandsdirektinvestitionen sind offenkundig. Die Fluktuation der Diamantenproduktion und auch die Volatilität der Preise zeigen, dass das botswanische Modell an Wachstumsgrenzen gestoßen ist.³⁴

Bei nachlassendem Wachstum des mineralischen Sektors stellt sich die Frage, woher zukünftige Wachstumsschübe kommen können. Versuche die industrielle Basis des Landes zu diversifizieren, insbesondere klein- und mittelständische Betriebe zu fördern oder den Wirtschaftssektor der verarbeitenden Industrie aufzubauen, brachten bisher nur wenig Erfolg.³⁵ Die entscheidende Herausforderung an die botswanische Wirtschaftspolitik stellt daher die Diversifizierung der Wirtschaft angesichts der Abhängigkeit von der Diamantenproduktion und dem Bergbau dar. Die globale Wirtschaftskrise, die sich in Botswana wegen des drastischen Einbruchs beim Absatz von Diamanten und des Preisverfalls bei Diamanten und anderen Bodenschätzen seit dem letzten Quartal 2008 auswirkt, zeigt nämlich spätestens jetzt, dass die Bemühungen um die Diversifizierung der Wirtschaft bisher mit den sich rasch wandelnden Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft nicht Schritt gehalten haben.³⁶ Durch die Finanzkrise sind nämlich die Preise für Diamanten auf dem Weltmarkt eingebrochen – vorübergehend mussten alle Minen im Land geschlossen werden. Im Juni 2009 bekam Botswana daher einen Kredit über 1,5 Milliarden Dollar von der Afrikanischen Entwicklungsbank, um das Haushaltsdefizit auszugleichen.³⁷

Die im Allgemeinen solide makroökonomische Politik der botswanischen Regierung und Botswanas Bemühungen, ausländische Investoren anzuziehen, lassen jedoch die Hoffnung zu, dass das Land die Wirtschaftskrise, je nach deren Dauer, ohne größeren Schaden übersteht.³⁸ Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung hemmenden gesellschaftlichen Konfliktpotenziale in Botswana weniger stark ausgeprägt sind als in vielen anderen Staaten des afrikanischen Kontinents, so sieht sich das Land dennoch mit einem besonders schwerwiegendem Problem konfrontiert; nämlich der hohen HIV/AIDS Rate: 300.000 Menschen sind infiziert. Das entspricht einer Prävalenzrate bei Erwachsenen von ca. 25 %.³⁹ Der Verlust an *Humankapital* ist demgemäß ungemein hoch und gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sehr.

³⁴ Robert Kappel, *op. cit.*, 2005.

³⁵ Friedrich Ebert Stiftung, Büro Gaborone: Botswana, <http://www.fes.de/in/afrika/pl/bots.htm> (zuletzt aufgerufen am 5.4.2010).

³⁶ *Ibid.*; Auswärtiges Amt, Botswana: Wirtschaft, http://www.auswaertiges-amt.de/sid/B83C65DAEC3DFC1A3C5DC0FEBF78A990/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Botsuana/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

³⁷ Friedrich Ebert Stiftung, Büro Gaborone: Überblick über zentrale politische und wirtschaftliche Entwicklungen 2009 in Botswana, <http://www.fes.de/in/afrika/pl/bots2.htm> (zuletzt aufgerufen am 11.4.2010).

³⁸ Auswärtiges Amt, Botswana: Wirtschaft, http://www.auswaertiges-amt.de/sid/B83C65DAEC3DFC1A3C5DC0FEBF78A990/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Botsuana/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 15.12.2010).

³⁹ United Nations, Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS), Report on the Global HIV/AIDS Epidemic 2008, Annex 1, Genf, 2008, S. 214. Vgl. im Einzelnen ferner Republic of Botswana, Ministry of State President, National AIDS Coordination Agency, 2008 Progress Report of the National Response to the UNGASS Declaration of Commitment on HIV/AIDS, Gaborone, 2007.

3. Mauritius: Weltmarktintegration

Die Inselrepublik Mauritius ist ein ganz anderer Fall: Sie hat seit den 1970er Jahren durch wirtschaftspolitische Weichenstellungen einen Wandel von der Zuckerökonomie zu einer relativ diversifizierten und dynamischen Wirtschaft vollzogen.⁴⁰ Man rückte von der Importsubstitutionsindustrialisierung ab, und wendete sich einer exportorientierten Wirtschaftspolitik zu. Diese hat Mauritius ein hohes Wirtschaftswachstum beschert und zu einem – für afrikanische Verhältnisse – hohem Pro-Kopf-Einkommen geführt.⁴¹ Das Pro-Kopf-Einkommen erreicht im ganzen subsaharischen Afrika den höchsten Wert beim *Human Development Index* (HDI) und lag im *Doing Business Index* 2010 der Weltbank auf Platz 17. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag 2006 bei etwa 5.200 US Dollar, welches 2008 bei ca. 11.400 US-Dollar lag. Trotz globaler Finanzkrise und verlangsamter Wirtschaftsentwicklung betrug 2009 das BIP-Wachstum 3,1 %.⁴²

Die mauritische Wirtschaft hängt zum überwiegenden Teil von Textilien, Zucker, Tourismus und Finanzdienstleistungen ab. Das Wirtschaftswachstum hat sich im Jahre 2007 auf ca. 5,6 % erhöht (nach 5,0 % im Jahr 2006), vor allem bedingt durch positive Entwicklungen in der Textilindustrie.⁴³ Auch 2008 belief sich die wirtschaftliche Wachstumsrate auf 5,2 %, wobei die Schätzung für das Jahr 2009 etwas nüchternen ausfielen: Angesichts der allgemeinen Weltwirtschaftslage reduzierte der Internationale Währungsfonds (IWF) die Wachstumserwartungen für 2009 auf 2 %⁴⁴. Dennoch konnte man – trotz globaler Finanzkrise und verlangsamter Wirtschaftsentwicklung – 2009 ein BIP-Wachstum von 3,1 % erreichen. Die Schätzung für das Jahr 2010 betragen ca. vier Prozent, wobei man für die Inflationsrate gleichsam von einem Anstieg auf ca. vier Prozent ausgeht.⁴⁵

Auf 90 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde 2007 Zuckerrohr angebaut. Der Anbau und die Verarbeitung machten weniger als 3,0 % des Bruttoinlandsprodukts aus, aber etwa 15 % der Exporterlöse,⁴⁶ wobei die sukzessive Kürzung der garantierten Zuckerpreise in der EU um 36 % zwischen 2006 und 2015 den Anpassungsdruck an die Weltmärkte erhöht. Als Ausgleich erhielt Mauritius im Rahmen des *FLEX-Fonds* (*Fluctuation in Export Earnings*) eine Unterstützung von 19,5

⁴⁰ Robert Kappel, op. cit., 2005.

⁴¹ Deborah Brautigam, Mauritius: Rethinking the Miracle, in: *Current History: A Journal of Contemporary World Affairs*, Jahrgang 98, Nr. 628, Philadelphia, 1999, S. 228-231.

⁴² Auswärtiges Amt: Mauritius: Wirtschaftswachstum und Wirtschaftszweige, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mauritius/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 2.4.2011); Robert Kappel, op. cit.

⁴³ Vgl. Peter Gibbon, *Back to the Basics Through Delocalisation: The Mauritian Garment Industry at the End of the Twentieth Century*, Centre for Development Research (CDR) Working Paper 00.7, Kopenhagen, 2000.

⁴⁴ Im Dezember 2008 kündigte die Regierung ein Konjunkturpaket von 326 Millionen US-Dollar zur Belebung der Wirtschaft an.

⁴⁵ Genaues Datenmaterial lag zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags noch nicht vor. Vgl. insoweit Auswärtiges Amt: Mauritius: Wirtschaftswachstum und Wirtschaftszweige, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_infos/Mauritius/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 2.4.2011).

⁴⁶ 2010 betrug allein der Export von Zucker 12,5 Prozent des Gesamtexports.

Mio. EUR.⁴⁷ Zusätzlich positioniert sich Mauritius auch in der fischverarbeitenden Industrie, die 2010 rund 16 % des Warenexports ausmachte. Die geographische Lage am Schnittpunkt zwischen Asien und Afrika, an wichtigen Seefahrtswegen im indischen Ozean birgt zudem einen weiteren wirtschaftlichen Vorteil. Port Louis ist einer der größten Containerhäfen in Subsahara-Afrika.⁴⁸

Der Tourismus, Devisenlieferant und Hauptfaktor des Wachstums im Vorjahr, wuchs 2008 entgegen hoher Erwartungen und Investitionen um nur 2,6 % und verringerte sich sogar um 6,4 % im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008.⁴⁹ Man hat sich das Ziel gesetzt bis 2015 die Anzahl der Touristen auf zwei Millionen zu steigern. Der Entwicklungsschwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologie gilt als Zukunftsbranche. Positiv entwickeln sich der Bereich *Business Processing Outsourcing*, die Einrichtung von weiteren *Call Centern* sowie auch das Angebot komplizierterer Dienstleistungen wie beispielsweise *Back Office Support*. Im Jahr 2007 stieg der Umsatz der *Outsourcing*-Dienstleistungen um rund 30 %. Insgesamt spiegelt sich folgendes Bild ab: Das Bruttoinlandsprodukt wird zu 4,5 % von der Landwirtschaft, zu 26,6 % von der Industrie und zu 68,9 % vom Dienstleistungssektor (Handel, Finanzen, Tourismus, Telekommunikation) erwirtschaftet.⁵⁰

Aufgrund sinkender *terms of trade* und sinkender Exporteinnahmen nach unbeständigen Zuckerrohrernten wird sich das wirtschaftliche Wachstum aller Voraussicht nach jedoch nicht mehr in der gewohnten Form weiterentwickeln. Vor allem der Textilsektor scheint nicht in der Lage zu sein, in das Segment hochwertiger Bekleidung zu expandieren und sich nachhaltig als Anbieter in der globalen Wertschöpfungskette zu etablieren.⁵¹ Ein Teil der Produktion wurde wegen Lohnkostenvorteilen nach Madagaskar verlagert, und zum anderen fehlen auf Mauritius in bestimmten Bereichen qualifizierte Arbeitskräfte. Die Anwerbung billiger Arbeitskräfte aus China kann zwar kurzfristig sicherlich einen Beitrag zur Sicherung der Exportfähigkeit für Textil- und Kleidungsexporte leisten, aber langfristig nicht zur notwendigen Anpassung der Industrie an die globalen Wettbewerbsbedingungen beitragen.⁵² Notwendig ist die Einwanderung von Experten, die dem Finanzplatz und Dienstleistungszentrum Mauritius neue Impulse geben können, zumal der Touris-

⁴⁷ Republic of Mauritius, Prime Minister's Office, European Commission grants Rs 460 million to Mauritius under FLEX, Port Louis, 7. Oktober 2008, auf: Government Information Service, http://www.gov.mu/portal/site/Mainhomepage/menuitem.a42b24128104d9845dabddd154508a0c/?content_id=31213334af1dc110VgnVCM1000000a04a8c0RCRD (zuletzt aufgerufen am 10.11.2010).

⁴⁸ Auswärtiges Amt, Mauritius: Wirtschaftswachstum und Wirtschaftszweige, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mauritius/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 2.4.2011).

⁴⁹ Republic of Mauritius, Central Statistics Office (2010), International Travel & Tourism, http://www.gov.mu/portal/site/cso/menuitem.dee225f644ffe2aa338852f8a0208a0c/?content_id=52160fa67278c010VgnVCM1000000a04a8c0RCRD (zuletzt aufgerufen am 11.4.2010).

⁵⁰ Vgl. Peter Gibbon, *op. cit.*; Auswärtiges Amt, Mauritius: Wirtschaftswachstum und Wirtschaftszweige, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mauritius/Wirtschaft_node.html (zuletzt aufgerufen am 2.4.2011).

⁵¹ Peter Gibbon, *op. cit.*

⁵² Calvin McDonald/James Yao, Mauritius: Unemployment and the Role of Institutions, International Monetary Fund (IMF), Working Paper 03/211, Washington D.C., 2003.

mussektor mit seiner kontinuierlichen Entwicklung allmählich an die Grenze der vorhandenen Kapazitäten zu gelangen scheint.⁵³

G. Ausblick

Trotz der kritischen Analysen – gesamtafrikanisch ist in den vergangenen Jahren eine moderne politische Reformbewegung entstanden und hat immer mehr an Dynamik gewonnen. Wichtiger Impulse für solche Reformen hat neben den Bemühungen der Afrikanischen Union bspw. die 2001 initiierte Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (*New Partnership for Africa's Development*, NEPAD) in den letzten Jahren geliefert. Kernstück des gesamtafrikanischen Reformprogramms NEPAD ist der *African Peer Review Mechanism* (APRM), ein Prozess gegenseitiger Beurteilung und Unterstützung. Im Rahmen dieses freiwilligen und transparenten Prozesses führen die afrikanischen Staaten untereinander erstmals einen offiziellen Dialog über verantwortliches Regierungshandeln und gute Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ziel dieses Verfahrens ist es, die intern schwachen Regierungen in labilen Staaten von außen unter sanften Druck zu setzen, die feierlich vereinbarten Standards von „good governance“ und Menschenrechten einzuhalten. Der grundsätzliche Vorteil dieses Verfahrens ist, dass die Staaten die dieser Vereinbarung freiwillig beigetreten sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit die Empfehlungen und Forderungen befolgen werden als die oktroyierten Empfehlungen externer Akteure wie der IWF, die Weltbank und die EU. Aus afrikanischer Sicht besteht der große Vorteil dieser gemeinsam erarbeiteten Konditionen darin, dass sie „kein Sanktions-, sondern ein Korrekturmechanismus“⁵⁴ sind und nicht der Abstrafung von Regierungen dienen, sondern Hilfe anbieten, um Fehlverhalten zu korrigieren.⁵⁵ Die Akteure haben sich damit für eine Abkehr vom über Jahrzehnte praktizierten Prinzip der Nichteinmischung entschieden, an deren Prozess inzwischen 26 afrikanische Staaten teilnehmen. Diese Entwicklung zeigt, dass die neopatrimoniale Logik im afrikanischen Kontext keineswegs unabänderlich ist. Hierzu ist es aber unabdingbar, dass die Staaten Afrikas beginnen die Herausforderung einer doppelten Transformation – gleichzeitig ökonomisch und politisch-institutioneller Art – anzunehmen. In der Vergangenheit scheiterten die meisten Reformversuche an politischen und wirtschaftlichen Diskrepanzen. Weder die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) noch diejenige Ostafrikas (EAEC) konnten innerafrikanische Wirtschaftsbeziehungen nennenswert fördern. Zu gegensätzlich waren (und sind teilweise noch) die politischen Systeme und Eigeninteressen. Wer aber nicht gänzlich zum Objekt von Fremdbestimmung werden will, sollte jedenfalls insoweit grundlegende Rahmenbedingungen selbst definieren, dass nötige Entwicklungsparameter implementiert werden können.

Länderspezifisch muss dabei dem Rechtsstaatsdiskurs und der Rechtsstaatlichkeit die zentrale Rolle beigemessen werden. Sie sind unerlässlich für wirtschaftliche Entwicklung und eine funktionierende Marktwirtschaft. Erst dann können sich auch internationaler Handel und Investitionen als Erfolgsfaktoren für Wirtschaftsentwicklung erweisen. Die NEPAD-Initiative verdeutlicht, dass viele afrikanische Länder

⁵³ Robert Kappel, *op. cit.*, 2005.

⁵⁴ Vasu Gounden/Senzo Ngubane: Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme: NEPAD und die afrikanische Renaissance, Afrika-Jahrbuch 2001, Opladen, 2002, S. 43.

⁵⁵ Cord Jakobkeit, *op. cit.*

bereit sind eine derartig angestoßene Entwicklung zu übernehmen. Aber auch diejenigen Industrieländer stehen in der Verantwortung, die den Willen zu der einzig wirklich nachhaltigen Entwicklungshilfe, nämlich der Öffnung ihrer eigenen Märkte, bisher haben vermissen lassen.